

Alternative Wirtschaftspolitik). Die steigenden Rüstungsausgaben wirken diesen Zielen direkt entgegen. Unter der sozialen Demontage leiden besonders die Arbeitslosen, Rentner, Kranke sowie kinderreiche Familien, Schüler und Studenten. Zu den schwersten Belastungen gehören:

Mietgesetzgebung: Ein nettes Mietrechtsgesetz, gültig seit 1. Januar 1983, belastet 14,5 Millionen Mieterhaushalte mit zusätzlich 15 Milliarden DM jährlich.

Wohngeld: Die Zahl der Empfänger von Wohngeld wurde drastisch gesenkt. Insbesondere Schwerbehinderte wurden durch den Fortfall besonderer Freibeträge erheblich betroffen.

Renten: Die Rentner müssen bereits seit Jahresbeginn einen eigenen Beitrag zur Krankenversicherung bezahlen. Der Beitrag der Werkstätigen zur Rentenversicherung wird am 1. September von 18 auf 18,5 Prozent erhöht.

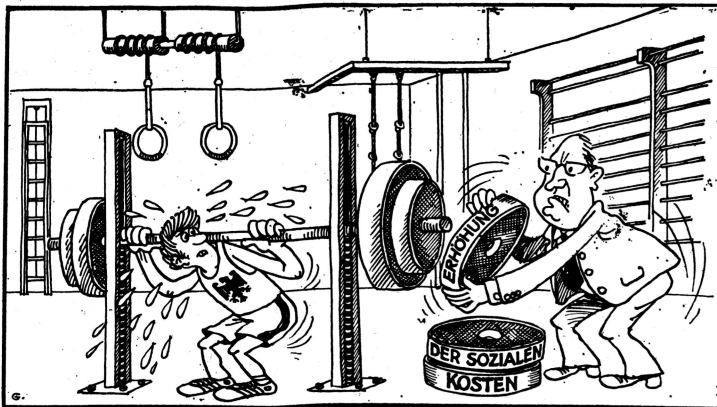
Ausbildung: Die bisherige Ausbildungsförderung für Schüler ist ersatzlos gestrichen worden. Studenten erhalten Förderungsmittel nur noch in Form zurückzahlbarer Darlehen. Vom Wegfall der Ausbildungshilfe sind 1,3 Millionen Schüler und Studenten betroffen.

Gesundheit: Bei Krankenhausaufenthalt bis zu 14 Tagen müssen Patienten 5 DM pro Tag selbst bezahlen. Bei Kuren ist ein Eigenbetrag von 10 DM für die gesamte Kurdauer zu entrichten. Die Rezeptgebühr je Arzneimittel stieg von 1,50 DM auf 2,00 DM.

Arbeitslosenversicherung: Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung ist ab 1. Januar dieses Jahres von 4,0 auf 4,6 Prozent erhöht worden.

Kindergeld: Diese Zuwendungen sind teilweise um bis zu 40 Prozent reduziert worden. Kinderreiche Familien sind besonders betroffen.

Steuererhöhungen: Durch entsprechende Streichungen bei Ländern, Gemeinden, Bahn, Post und Sozialversicherungsträgern



Im BRD-„Trimm-dich“-Zentrum: „Na los, die paar Dinger werden doch noch mit hochzukriegen sein!“
Zeichnung: Guckuk (entnommen aus:LVZ)

kommt es zu einer Mehrbelastung der Bevölkerung in Höhe von insgesamt 11,5 Milliarden DM.

Reale Nettolohnsumme: Die insgesamt steigenden Lebenshaltungskosten bewirken, daß sich die reale Nettolohnsumme für die Werkstätigen um 3,6 Prozent vermindert.

Die ohnehin in der BRD sozial Benachteiligten werden also verstärkt von der Kohl-Regierung zur Kasse gebeten, um das imperialistische Hochrüstungskonzept mit zu finanzieren. Da fragt man sich, was vor den Wahlen am 6. März 1983 von der CDU/CSU, von Kohl selbst nicht alles versprochen wurde. War da nicht die Rede von zusätzlich 30 000 Ausbildungsplätzen für Jugendliche? Würde da nicht der Arbeitslosigkeit lauthals der Kampf angesagt? War da nicht erneut die Rede vom Wohlfahrtsstaat, von Stabilität und von gemeinsamen wirtschaftlichem Aufschwung? Wurde da nicht immer und immer wieder auf den möglichen SiljDerstreif am Horizont verwiesen?

Natürlich wurde das. Doch heute, und da können Kohl und seine Amtskollegen auf ihren Gipfeln in Williamsburg und Stuttgart noch so viel erzählen, stellt sich alles anders dar. Keine Versprechung wird erfüllt, es er-

weist sich alles, aber auch alles als erlogen, der Rotstift streicht rücksichtslos weiter an den Sozialausgaben herum. Milliarden und aber Milliarden werden so bereits im laufenden Jahr zusätzlich für die Hochrüstung herausgeschunden, und 1984 sollen nach den Vorstellungen der CDU/CSU-FDP-Koalition die Sozialausgaben mit weiteren 6,5 Milliarden DM im Bundeshaushalt und mit über 5 Milliarden in den Länder- und Gemeindefats belastet werden. Darunter allein wieder 2 Milliarden durch Kürzungen am Arbeitslosengeld für Jugendliche und Kinderlose.

Besonders negative Wirkungen hat die imperialistische Rüstungspolitik auf die Sicherheit der Arbeitsplätze. Immer wieder versuchen die Apoleten des Rüstungskapitals, den Arbeitern und Angestellten einzureden, daß Rüstung Arbeitsplätze schafft oder sogar sichere.

Es ist jedoch eine Tatsache, daß in keinem anderen Bereich die Wirkung von Investitionen für die Schaffung von Arbeitsplätzen so gering ist wie in der Rüstungsindustrie. Eine mögliche zeitweilige Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch die Steigerung der Rüstungsproduktion steht in keinem Verhältnis zur Zahl der Arbeitsplätze, die mit dem gleichen Kostenaufwand in anderen Berei-